

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Jedem muß klar sein: Der Friede wurde am 2. August gebrochen

Uns alle hat die Nachricht vom Ausbruch der Kampfhandlungen am Golf tief betroffen gemacht. Mit großer Anteilnahme blicken wir auf das, was am Golf geschieht — vor allem denken wir an die Menschen dort. Sie sind die Hauptleidtragenden dieses Konfliktes.

Viele Deutsche aus der älteren Generation haben in der Vergangenheit die Schrecken des Krieges selbst erfahren müssen. Diese Erfahrungen haben sich in

Helmut Kohl vor dem Deutschen Bundestag nach seiner erneuten Wahl zum Bundeskanzler am 17. Januar 1991

das Gedächtnis unseres Volkes eingeprägt. Wir können daher in besonderem Maße nachempfinden, welches Leid mit Krieg verbunden ist.

Wir alle sind zutiefst enttäuscht, daß die vielfältigen, von der Bundesregierung mitgetragenen Bemühungen um eine friedliche Lösung an der Weigerung der irakischen Führung gescheitert sind, die gewaltsame Annexion Kuwaits rückgängig zu machen.

(Fortsetzung Seite 2)

HEUTE AKTUELL

● Golfkrieg

Alfred Dregger: Der Irak hatte bis zum 15. Januar Gelegenheit, den Krieg zu beenden. Seite 4

● Bundesregierung

Das neue Bundeskabinett. Seite 6

● Landtagswahl in Hessen

Walter Wallmann: Ich übergebe das Land in einer guten Verfassung. Seite 7

● Wohnen

Mietbeschlüsse der Koalition: Ein Beitrag zum sozialen Frieden. Seite 9

● Sicherheit

Bundesgrenzschutz in den fünf neuen Bundesländern zügig ausbauen. Seite 11

● Umweltschutz

Die Abfallwirtschaft muß sich neu orientieren. Seite 12

● Dokumentation

Die Wahl zum Hessischen Landtag am 20. Januar 1991. Vorläufiges amtliches Endergebnis. Grüner Teil

Gefordert sind Vernunft, Umsicht und Besonnenheit

(Fortsetzung von Seite 1)

Der Irak hat nicht ein einziges Zeichen des guten Willens gegeben. Er allein trägt daher die volle Verantwortung dafür, daß es jetzt zu Kampfhandlungen gekommen ist.

Die Forderungen der Völkergemeinschaft sind und bleiben eindeutig: Der Irak muß sich unverzüglich aus Kuwait zurückziehen. Die Souveränität Kuwaits muß wiederhergestellt werden. Präsident Saddam Hussein hat jetzt noch die Chance, durch einen sofortigen Rückzug aus Kuwait weiteren Schaden vom irakischen Volk abzuwenden.

Jedem muß klar sein: Der Friede wurde am 2. August gebrochen, als der Irak ein kleines, wehrloses Nachbarland überfiel.

Die Staatengemeinschaft durfte und konnte diesen Bruch des Friedens und des Völkerrechts nicht tatenlos hinnehmen. Eine Hinnahme hätte den Irak zu neuen Übergriffen ermutigt. Wenn die Völkergemeinschaft es zuliebe, daß die staatliche Existenz eines ihrer Mitglieder gewaltsam ausgelöscht wird, hätte dies unabsehbare Folgen auch in anderen Teilen der Welt.

Der Einsatz militärischer Mittel gegen den Irak geschieht in voller Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Vereinten Nationen. Diese Beschlüsse sind der legitime und verbindliche Wille der gesamten Völkergemeinschaft, der jetzt durchgesetzt wird.

Alein die irakische Führung hat zu verantworten, daß dies nun mit Gewalt geschieht.

Die Bundesregierung, ihre Partner und Verbündeten, die Vereinten Nationen wie auch die Staaten der Region haben in den vergangenen Wochen und Monaten — ja bis in die letzten Stunden hinein — alles unternommen, um der irakischen Führung diese Folgen zu verdeutlichen.

Deutsche Soldaten werden am Golf nicht eingesetzt. Wir sollten aber in keinem Augenblick vergessen, daß unsere amerikanischen, britischen und französischen Verbündeten bei der Verteidigung von Recht und Freiheit in diesem Konflikt die Hauptlast tragen. Sie haben Anspruch auf unsere Solidarität, und wir stehen zu ihnen.

Schon heute möchte ich feststellen: Nach der hoffentlich baldigen Beendigung der militärischen Auseinandersetzung müssen wir uns mit noch größerem Nachdruck als bisher auch den anderen Fragen der Region zuwenden.

Neue zielstrebige Anstrengungen sind erforderlich, um auch im Nahen Osten eine dauerhafte Friedensordnung zu erreichen.

Es geht vor allem darum, das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes mit dem Recht auf Existenz und Sicherheit aller Staaten der Region einschließlich Israels in Einklang zu bringen.

Zur Stabilisierung der Verhältnisse in der Region sind aber auch erhöhte Anstrengungen zur wirtschaftlichen Entwicklung und zur Überwindung sozialer Unterschiede unerlässlich.

Ich hoffe, daß sich dieses Ziel im Rahmen eines umfassenden Entwicklungsplanes für den Nahen und Mittleren Osten erreichen läßt. Dies setzt jedoch eine umfassende Lösung aller politischen Fragen voraus. Die Bundesrepublik Deutsch-

EVP-Fraktion:**Den Krieg so bald wie möglich beenden**

Die Fraktion der Europäischen Volkspartei teilt den dringenden Wunsch der internationalen Völkergemeinschaft, daß dieser Waffen-gang so bald wie möglich sein Ende findet.

Blutvergießen darf nicht die Ultima Ratio der Politik sein. Unsere Solidarität gehört in dieser Stunde den Soldaten der alliierten Streitkräfte und ihren Angehörigen, ebenso denjenigen, die unschuldige Opfer der Gewaltanwendung werden.

Erste Aufgabe der Vereinten Nationen muß es sein, nach der Befreiung Kuwaits eine gerechte Friedensordnung in der jetzt vom Krieg betroffenen Region zu schaffen und auf Dauer zu sichern. Die EVP-Fraktion erwartet, daß die Europäische Gemeinschaft im

Rahmen der politischen Zusammenarbeit ihrer Mitglieder dazu einen konstruktiven Beitrag leistet; sie wird ihrerseits alles tun, um diese gemeinsame Außenpolitik im Dienst des internationalen Friedens zu fördern und zu vertiefen.

Mit dem Blick auf andere Konfliktsituationen, auch in Osteuropa, mahnt

Egon Klepsch, Vorsitzender der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments

die EVP-Fraktion alle daran Beteiligten, nicht im Schatten der gegenwärtigen Krisenlage den Versuch zu unternehmen, Machtpositionen auf Kosten anderer durchzusetzen, sondern vielmehr alles zu tun, um auch hier Gerechtigkeit und Frieden zu wahren.

land ist bereit, ihren Entwicklungsbeitrag zu leisten.

Ich kann die Sorgen vieler Menschen gut verstehen. Umso wichtiger ist es, daß gerade jetzt Besonnenheit unser Handeln bestimmt.

Gefordert sind Vernunft, Umsicht und — ich sage es noch einmal — Besonnenheit. Das geht jeden einzelnen von uns an. Die Bürger unseres Landes müssen durch verantwortungsbewußtes und kluges Verhalten mithelfen, daß wir Deutsche dieser ersten Situation gerecht werden.

Wir alle wünschen uns, daß dieser Krieg — und damit auch die Leiden der betroffenen Menschen — so schnell wie möglich beendet wird.

Zur Erinnerung

„Während einer Demonstration am Hamburger Dammtorbahnhof hörte ich einen Wehrpflichtigen, der die Soldaten der Bundeswehr zur Fahnenflucht aufrief. — Das, liebe Zuschauer, hat mir in Erinnerung gerufen, daß es gegen Ende des Zweiten Weltkrieges ja nicht die Fahnenflüchtigen waren, die Deutschland von der nationalsozialistischen Herrschaft befreit haben, sondern die amerikanischen, britischen und französischen Soldaten, die auf der Seite der westlichen Demokratien den Kopf hingehalten und gekämpft haben.“

Armin Halle, Chefmoderator des privaten Fernsehsenders SAT 1, in einer Morgensendung zum Golfkrieg

Der Irak hatte bis zum 15. Januar Gelegenheit, den Krieg zu beenden

Vor dem Deutschen Bundestag gab der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, am 17. Januar folgende Erklärung zum Golfkrieg ab:

Der Krieg am Golf, der heute nacht in seine zweite Phase getreten ist, wurde am 2. August 1990 von Saddam Hussein begonnen. Anstatt die Verhandlungen mit seinem nahezu wehrlosen Nachbarn Kuwait über die von ihm erhobenen Ansprüche fortzusetzen, hat er dieses kleine arabische Land überfallen, besetzt und annektiert. Seine Truppen haben dort wie die Vandalen gehaust.

Das war ein eklatanter Bruch des internationalen Rechts, ein Verstoß gegen die Satzung der Vereinten Nationen, deren Mitglied der Irak ist. Die Vereinten Nationen konnten dies nicht hinnehmen. Fast ein halbes Jahr lang haben sie sich mit unserer aktiven Unterstützung um eine Beendigung des Krieges bemüht; zum Schluß durch den dramatischen Besuch ihres Generalsekretärs bei dem Diktator im Irak. Zuvor hat der Sicherheitsrat zwölf Resolutionen verabschiedet, deren Zweck es war, mit den Mitteln der Diplomatie, des wirtschaftlichen Drucks, der Unterbrechung der See- und Luftverbindungen den Irak zu einem Rückzug aus dem annektierten Kuwait zu bewegen.

Gleichzeitig erfolgte eine bisher nie dagewesene militärische Gegenkonzentration unter dem Dach der Vereinten Nationen, an der nicht weniger als 28 verschiedene Nationen beteiligt sind.

Die schon im November verabschiedete Resolution 678 sollte deutlich machen,

daß der Irak bis zum 15. Januar 1991 noch Gelegenheit gehabt hätte, den Krieg seinerseits zu beenden, bevor diese Kräfte militärisch gegen ihn eingesetzt würden.

Dies alles hat der Aggressor ignoriert, möglicherweise unterschätzt, jedenfalls nicht beachtet.

Deshalb stelle ich fest: Dies ist kein Krieg zwischen den USA und dem Irak. Dies ist ein Wahnsinns-Krieg des Diktators Saddam Hussein gegen die kollektive Sicherheitsgemeinschaft der Vereinten Nationen und gegen die von dieser Weltorganisation repräsentierte Ordnung des Rechts und des Friedens.

Nachgeschobenes Argument

Dies ist auch nicht Teil jenes überkommenen und die Region belastenden bisher ungelösten Palästina-Konfliktes. Das war das billige Argument, das der Aggressor nach dem Überfall auf Kuwait nachgeschoben hatte, als er erkennen mußte, daß auch die meisten arabischen Staaten seinen Gewaltakt verurteilt haben und die Vereinten Nationen gegen ihn unterstützen.

Wer versucht, diese Tatsache zu verwischen, bastelt an einer Legende, die allein dem Aggressor, nicht aber dem Frieden dient.

Wir Deutschen sind an der militärischen Operation am Golf nicht beteiligt; beteiligt sind wir nur an den Sicherheitsvorkehrungen der westlichen Allianz, die diese zum Schutze des Territoriums unseres Bündnispartners Türkei notwendigerweise dort getroffen hat. Wir haben dazu auch allen Grund, denn schließlich haben

wir 40 Jahre lang die Solidarität unserer Bündnispartner im Ost-West-Konflikt erfahren.

Unsere Hauptverbündeten, die USA, Großbritannien und Frankreich, haben für diese Aktion gegen den Aggressor ebenso Truppen bereitgestellt wie nicht wenige muslimische Länder, dazu Kanada und Australien. Bemerkenswert finde ich es, daß auch unser Nachbar, die tschechische und slowakische Republik sich mit Soldaten an dieser Gemeinschaftsoperation beteiligt; und zwar mit Truppen, die aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage sind, die Bevölkerung gegen chemische und biologische Angriffe, mit denen Saddam Hussein gedroht hat, schützen zu helfen.

Die demokratischen Institutionen unserer Verbündeten haben mit großen Mehrheiten und parteiübergreifend die nunmehr notwendig gewordenen militärischen Aktionen gegen den Aggressor gebilligt.

Der britische Oppositionsführer Kinnock, der dem militärischen Einsatz der britischen Truppen am Golf zustimmt, hat erklärt: „Wir hoffen, daß der Krieg so kurz wie möglich ist und möglichst wenig Opfer fordert. Die Welt wäre erleichtert, wenn Saddam Hussein begreifen würde, daß er Tod und Zerstörung vermeiden könnte, wenn er nachgäbe.“

Ich schließe mich dem an. Ich fordere auch Sie, Herr Kollege Vogel, dazu auf. Deutschland aus dem internationalen demokratischen Konsens und der Solidarität der Völkergemeinschaft herauszuhalten, wäre in dieser Situation die denkbar schlechteste Politik.

Der amerikanische Präsident hat nach Beginn der Angriffe auf die irakischen militärischen Einrichtungen geklärt, ihm gehe es nicht um die Vernichtung des Irak. Dies gilt für alle anderen Staaten, die sich an der Gemeinschaftsoperation der Vereinten Nationen unter dem militä-

Große Mehrheit billigt Waffeneinsatz

Den Waffeneinsatz gegen Irak billigen einer Wickert-Blitzumfrage zufolge 81,4 Prozent der Bundesbürger.

Noch größer war die Zahl derjenigen, immerhin 82,5 Prozent, die kein Verständnis für die Demonstrationen gegen den Krieg haben. Nur zehn Prozent nannten den Waffeneinsatz nicht richtig. 8,6 Prozent äußerten keine Meinung.

In **Amerika** billigten 87 Prozent bei einer Umfrage die Politik von Präsident George Bush nach Ausbruch des Golfkrieges. Das sind 20 Prozent mehr als in der Woche vor Ablauf des Ultimatums gegen den Irak.

Mehr als zwei Drittel der **Franzosen**, 69 Prozent, halten die Militärintervention der USA und ihrer Verbündeten am Golf für richtig.

Auch in Großbritannien findet das Golf-Engagement Londons große Zustimmung: Bei einer Telefonumfrage der „Sunday Times“ befürworteten 84 Prozent den Kurs von Premier John Major, 60 Prozent meinten auch, die Vertreibung Iraks aus Kuwait rechtfertige Opfer von britischen Soldaten. Nur 13 Prozent lehnten den Krieg am Golf ab.

rischen Kommando der USA beteiligen. Niemand will den Irak vernichten. Alle wollen nur eins: die Wiederherstellung des Rechts, d.h. den Rückzug der irakischen Truppen aus dem besetzten Kuwait. Die gegenwärtigen Angriffe werden sofort eingestellt, wenn der Aggressor es ermöglicht.

Das neue Bundeskabinett

Bundespräsident Richard von Weizsäcker empfing am 18. Januar 1991 Bundeskanzler Helmut Kohl und die neuen Bundesminister zur Überreichung der Ernennungsurkunden. Gemäß Artikel 64 Absatz 1 des Grundgesetzes hat der Bundespräsident auf Vorschlag des Bundeskanzlers zu Bundesministern ernannt:

- **Hans-Dietrich Genscher** (FDP) zum Bundesminister des Auswärtigen
- **Wolfgang Schäuble** (CDU) zum Bundesminister des Innern
- **Klaus Kinkel** (FDP) zum Bundesminister der Justiz
- **Theodor Waigel** (CSU) zum Bundesminister der Finanzen
- **Jürgen W. Möllemann** (FDP) zum Bundesminister für Wirtschaft
- **Ignaz Kiechle** (CSU) zum Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- **Norbert Blüm** (CDU) zum Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
- **Gerhard Stoltenberg** (CDU) zum Bundesminister der Verteidigung
- **Hannelore Rönsch** (CDU) zum Bundesminister für Familie und Senioren
- **Angela Merkel** (CDU) zum Bundesminister für Frauen und Jugend
- **Gerda Hasselfeldt** (CSU) zum Bundesminister für Gesundheit
- **Günther Krause** (CDU) zum Bundesminister für Verkehr
- **Klaus Töpfer** (CDU) zum Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- **Christian Schwarz-Schilling** (CDU) zum Bundesminister für Post und Telekommunikation
- **Irmgard Adam-Schwaetzer** (FDP) zum Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
- **Heinz Riesenhuber** (CDU) zum Bundesminister für Forschung und Technologie
- **Rainer Ortleb** (FDP) zum Bundesminister für Bildung und Wissenschaft
- **Carl-Dieter Spranger** (CSU) zum Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit
- **Rudolf Seiters** (CDU) zum Bundesminister für besondere Aufgaben.

Verlust von nur zwei Mandaten führt zum Regierungswechsel

Nach den Sitzungen des Parteipräsidiums und des Bundesvorstandes hat der Bundesvorsitzende, Bundeskanzler Helmut Kohl am Montag, dem 21. Januar 1991, zusammen mit Ministerpräsident Walter Wallmann, zu dem Ergebnis der Landtagswahlen in Hessen Stellung genommen.

Zunächst dankte Helmut Kohl den hessischen Parteifreunden, allen voran Walter Wallmann, für ihren Einsatz und ihre Leistung im Landtagswahlkampf. Es sei schon vor dieser Wahl seit geraumer Zeit klar gewesen, daß, wie vor vier Jahren, in Hessen mit knappen Wahlergebnissen zu rechnen sei. Die Tatsache, daß der Verlust von zwei Mandaten der bisherigen Koalitionsparteien zu einem Wechsel in der Regierung geführt habe, bestätige dies. Das Ergebnis zeige auch im Vergleich zum Ergebnis der Bundestagswahlen, daß die CDU in Hessen auch für die Zukunft eine gute Chance habe. Es sei dies eine sehr von Stimmungen abhängige Wahlentscheidung gewesen. Dies habe jeder gespürt, der in Hessen am Wahlkampf mitgewirkt habe.

In der deutlich reduzierten Wahlbeteiligung sei ein Stück des Verlustes der Union zu sehen. Wir werden uns wohl in der Bundesrepublik darauf einrichten müssen, daß bei der Vielzahl der Wahlen, zu der die Bürger gerufen werden — Kommunalwahlen, Landtagswahlen, Bundestagswahlen, die Wahlen zum Europäischen Parlament — es immer schwieriger werde, das Interesse der Bürger für die Landtagswahlen zu gewinnen.

Völlig ungerechtfertigterweise seien viele Wähler der Auffassung, daß die Land-

tagswahl keine so wichtige Wahl sei. Deshalb müsse man in Zukunft mit Wahlbeteiligungen rechnen, die, gemessen an früheren Erfahrungen, deutlich geringer sind. Auch die für die Republikaner abgegebenen Stimmen seien, wenn auch nur zu einem Teil, zu Lasten der CDU gegangen.

Walter Wallmann:

Ich übergebe das Land in einer guten Verfassung

Nach dem vorläufigen Wahlergebnis hatten wir mit 70,8 Prozent die niedrigste Wahlbeteiligung bei einer Landtagswahl überhaupt. Es waren vor allem unter den CDU-Wählern weit über 100.000, die nicht zur Wahl gegangen sind.

Das nächste, was sicher eine Rolle gespielt hat, sich aber im Augenblick nicht gewichten läßt: Wir haben zum erstenmal bei einer Landtagswahl auch die Zweitstimme gehabt, Ergebnis der Koalitionsvereinbarungen vor vier Jahren.

Ein weiterer Punkt, der für uns sicherlich von Bedeutung gewesen ist: Die Republikaner sind angetreten, und sie haben 1,7 Prozent der Stimmen bekommen, das sind 49.000 Stimmen, und 5.000 Stimmen fehlen uns für eine Wiederauflage der Koalition.

Ich will in diesem Zusammenhang daran erinnern, daß vor vier Jahren die Republikaner noch nicht und die NPD nicht mehr angetreten war, was bereits damals bei dem knappen Vorsprung von 1.653 Stimmen durchaus zu unserem Vorteil von Bedeutung war.

Erlauben Sie mir als nüchterne Feststellung, daß ich mich über eine Reihe von Ergebnissen besonders gefreut habe. Wir haben in Frankfurt alle sechs Wahlkreise geholt, und die Union liegt dort mit einem Stimmenanteil von 42,7 Prozent weit vor der SPD, die mit 33,7 Prozent ihr schlechtestes Wahlergebnis in Frankfurt erzielt hat.

Wir sind die Verlierer dieser Wahl, und ich trage dafür die Verantwortung. Das ist ganz selbstverständlich. Aber wir haben keinen Anlaß, deswegen in Sack und Asche zu gehen.

Ich habe heute im Präsidium und Bundesvorstand dem Bundeskanzler für seinen Einsatz im hessischen Wahlkampf gedankt, der sicherlich entscheidend dazu beigetragen hat, daß nicht etwa Ergebnisse eingetreten sind, die wir z.B. am 14.

Januar, also einen Tag vor Ausbruch des Krieges, befürchten mußten.

Ohne jede Überheblichkeit kann ich sagen: Ich übergebe meinem Nachfolger das Land in einer hervorragenden Verfassung, und die CDU in Hessen, die sich durch besondere Solidarität und Entschlossenheit auszeichnet, wird ihre Aufgabe als Opposition verantwortungsvoll wahrnehmen.

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen, die über die Landtagswahlen im engeren Sinne hinausgehen: Es ist mir zum Vorwurf gemacht worden, daß ich mich in der vergangenen Woche mit dem Thema

„Golfkrise“ und „Golfkrieg“ auseinandergesetzt habe. Wer aber mit den Menschen gesprochen hat, hat zur Kenntnis nehmen müssen, daß Themen wie Kläranlagen, Familiengeld oder Erziehungsurlaub überhaupt nicht mehr interessierten. Es gab überhaupt keine Möglichkeit, dem zentralen Thema, das die Menschen bewegt, aus dem Wege zu gehen.

Eine letzte Bemerkung: Ich habe mich mit Nachdruck dafür eingesetzt, daß wir gegenüber den neuen Ländern im vereinten Deutschland zu mehr Hilfe und größerer Unterstützung bereit sind, als das in den zurückliegenden Monaten der Fall gewesen ist. Sie wissen, daß die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten noch Anfang Dezember erklärt haben, daß es über den Fond der deutschen Einheit hinaus keine weitere Leistungen zu Lasten der alten Bundesländer geben dürfe.

Ich habe bei dieser Gelegenheit meinen Kollegen erklärt, daß ich diese Haltung unter gar keinen Umständen teile. Die neuen Bundesländer befinden sich in einer ungewöhnlich schwierigen Situation, und als der Bundeskanzler im Mai des vergangenen Jahres den Fond der deutschen Einheit vorschlug, war nicht absehbar, wie sich die Situation heute darstellen würde.

Ich appelliere nachdrücklich — und das ist auch mein Wunsch an meinen Nachfolger: Wir müssen bereit sein, etwa bei der Umsatzsteuer die ursprünglich vereinbarte Beteiligung der neuen Bundesländer in Höhe von 55 Prozent aufzustocken. Wir würden damit bis 1994 etwa eine Summe von 15 Milliarden Mark erreichen, die zur Verfügung gestellt werden könnte.

Ich bin der Auffassung, daß selbst die Leistungsschwachen unter den alten Bundesländern reich sind im Vergleich mit den neuen.

Mietbeschlüsse der Koalition

Ein Beitrag zum sozialen Frieden im geeinten Deutschland

Zu den Koalitionsbeschlüssen hinsichtlich der Mietgestaltung in den neuen Bundesländern erklärte der wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dietmar Kansy:

Die Koalitionsbeschlüsse zum Mietrecht in den neuen Bundesländern stehen unter dem Leitgedanken, daß die weiterhin vorgesehenen Mietbegrenzungen im Beitrittsgebiet und die daraus resultierenden staatlichen Subventionen von den Menschen in allen Teilen Deutschlands als gerecht und damit auch als gerechtfertigt empfunden werden. Der Einigungsvertrag sieht vor, daß die Mieten nur in dem Tempo an kostendeckende Mieten herangeführt werden, in dem sich auch die Einkommen im Beitrittsgebiet an die Einkommen in den westlichen Bundesländern anpassen. An diesem Ziel wird festgehalten.

Auf der anderen Seite steigen die Einkommen wesentlich differenzierter an, als zum Zeitpunkt des Einigungsvertrages absehbar war. Sie liegen in einigen Tarifbereichen noch unter 40 Prozent der westlichen Einkommen, in einigen bereits über 60 Prozent. Hunderttausende Bürger der neuen Bundesländer pendeln zur Arbeit in die alten Bundesländer oder das frühere West-Berlin und haben bereits heute ähnliche Einkünfte wie die Westdeutschen. Insgesamt also verläuft der Anpassungsprozeß wesentlich differenzierter, aber wahrscheinlich auch schneller als ursprünglich vorgesehen.

Die Bürger in den neuen Bundesländern

haben trotz derzeitiger Mietsubventionen von etwa 20 Milliarden Mark jährlich so lange Anspruch auf Solidarität der Westdeutschen, bis sich Einkommen und Renten dem westdeutschen Einkommensniveau angeglichen haben. Eine Rentnerin aus Leipzig zum Beispiel mit 550 Mark monatlicher Rente kann aus diesem Einkommen nicht kostendeckende Mieten bezahlen.

Gerechtigkeit heißt hier, staatliche Zuschüsse zu gewähren. Dies wird jeder westdeutsche Bürger, dem die Einheit am Herzen liegt, mittragen. Ein Maurer aus Potsdam zum Beispiel, der im ehemaligen

Eine Rentnerin aus Leipzig z. B. mit 550 Mark monatlicher Rente kann mit diesem Einkommen keine kostendeckende Miete bezahlen.

West-Berlin genauso viel verdient wie sein Kollege aus Schöneberg, kann bei der Anpassung der Mieten anders behandelt werden als die Leipziger Rentnerin. Gerechtigkeit heißt hier, im gleichen Umfang zur Kostendeckung der Wohnung in Potsdam beizutragen wie zu der in Schöneberg.

Zwischen diesen beiden Extremen liegt eine unglaubliche Vielfalt der tatsächlichen Einkommensentwicklungen. Dieser Vielfalt kann eine allgemeine schrittweise Mietenanhebung auch dann nicht gerecht werden, wenn man sie regional differen-

ziert. Deshalb wurde der Weg gewählt, schneller als die Einkommen steigen, die tatsächlichen Mietkosten sichtbar zu machen und abzurechnen, aber über die soziale Leistungsfähigkeit des einzelnen Haushalts hinausgehende Belastungen durch staatliche Zuschüsse abzudecken. Hierzu wird, angelehnt an das auch jetzt schon im Beitrittsgebiet geltende allgemeine Wohngeldgesetz, ein besonderes Wohngeldrecht für die neuen Bundesländer geschaffen. Mit diesem Wohngeld, das kein Almosen ist, sondern eine sozial treffsichere Form der staatlichen Mie-

Besonderes Wohngeldrecht

tensubventionierung, wird der Auftrag des Einigungsvertrages erfüllt. Es soll am 1. Oktober 1991 in Kraft treten, um eine ausreichende Vorbereitung der kommunalen Verwaltungen zu gewährleisten.

Die Anpassung der Mieten erfolgt schrittweise. Zum 1. April 1991 können die Betriebskosten, ohne die dominierenden Heizungs- und Warmwasserkosten, auf die Mieter umgelegt werden. Sie sind von Objekt zu Objekt unterschiedlich und dürften im Durchschnitt bei etwa eine Mark pro Quadratmeter und Monat liegen. Die bisherigen Einkommens- und Rentenverbesserungen werden es in vielen Fällen ermöglichen, diese Zusatzbelastung zu tragen. Wo dies nicht der Fall ist, greift, wie Vergleichsrechnungen gezeigt haben, das bereits im Beitrittsgebiet gültige allgemeine deutsche Wohngeldrecht.

Nach Einführung der speziellen Wohngeldvorschriften für das Beitrittsgebiet am 1. Oktober 1991 können auch die Heizungs- und Warmwasserkosten auf die Mieter umgelegt werden. Diese Differenzen zwischen den einzelnen Beständen erheblich und sind bei den sogenannten

Vollkomfortwohnungen der Neubaugebiete höher als in einem Altbau ohne Warmwasser und mit Ofenheizung. Unter Berücksichtigung der derzeit nur begrenzten Einsparmöglichkeiten dürften sie etwa im Schnitt zwei Mark pro Quadratmeter und Monat ausmachen. Da sie aus technischen Gründen nur in begrenztem Umfang, teilweise auch gar nicht vom Mieter beeinflusst werden können, werden sie abweichend vom allgemeinen bundesdeutschen Wohngeldrecht wohngeldfähig gemacht.

Parallel sollen möglichst schnell die technischen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, die Heizungs- und Warmwasserkosten verbrauchsabhängig abzurechnen. Dies wird zum Rückgang des oft verschwenderischen Energieverbrauchs führen und damit zum Absinken dieses Anteils der Bruttowarmmiete.

Angesichts der äußerst kritischen Situation bei privaten Wohnungsunternehmen, aber auch den neu geordneten Genossenschaften und Kapitalgesellschaften sollen die Kaltmieten zum 1. Oktober 1991 unter Berücksichtigung der jeweiligen Wohnqualität um durchschnittlich etwa eine Mark angehoben werden. Dies ist

Vor Pleite bewahren

dringend notwendig, um einerseits den miserablen und zum Teil menschenunwürdigen Zustand vieler Wohnungen in den neuen Bundesländern zu verbessern, andererseits die Wohnungsunternehmen und Einzeleigentümer nicht programmiert in die Pleite zu treiben. Denn im Gegensatz zu den festgehaltenen Mieten haben sich die Bewirtschaftungskosten teilweise bereits erheblich erhöht.

Die Beschlüsse zum Mietrecht in den neuen Bundesländern in ihrer Gesamtheit erfüllen einerseits den sozialen Auf-

Bundesgrenzschutz in den fünf neuen Bundesländern zügig ausbauen

Zur Sicherheitslage in den neuen Bundesländern erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Laufs:

Die Bürger der neuen Bundesländer haben Anspruch auf den gleichen Sicherheitsstandard wie die Bürger in Westdeutschland. Dem trägt die jetzt abgeschlossene Koalitionsvereinbarung auch dadurch Rechnung, daß „der Bundesgrenzschutz als wichtiges Element im Sicherheitsverbund zwischen Bund und Ländern in seiner derzeitigen Größenordnung in den alten und neuen Bundesländern“ fortbesteht.

Meine Fraktion wird die Bundesregierung mit allen Kräften unterstützen, die für den Bundesgrenzschutz in den neuen Bundesländern vorgesehene Personalstärke von rund 7.500 Beamten für die Verbände, den Grenzschutz-Einzeldienst und die Bahnpolizei so schnell wie möglich zu erreichen. Das augenblickliche Personaldefizit bei den BGS-Verbänden in den neuen Bundesländern vor mehr als 40 Prozent muß rasch ausgeglichen werden.

Dazu ist Voraussetzung, daß innerhalb der Bundesregierung und mit den neuen Bundesländern schnell über die künftigen Standorte der BGS-Verbände Einigkeit erreicht wird, damit gezielt mit der Personalgewinnung begonnen werden kann. Die Bereitschaft vieler Jugendlicher in den neuen Bundesländern, sich um Einstellung in den BGS zu bewerben, ist hoch; dies muß jetzt genutzt werden.

Auch der Grenzschutzeinzeldienst muß zügig ausgebaut werden. Die Bundesrepublik Deutschland muß den von den Schengener Vertragsstaaten vereinbarten stärkeren Schutz der Außengrenzen des Vertragsgebietes an den Grenzen zu Polen, der CSFR und in der Ostsee effektiv gewährleisten.

Die zunehmende Gefahr illegaler Grenzübertritte und von gewalttätigen Ausschreitungen, zum Beispiel bei sportlichen Großveranstaltungen, verlangt zwingend, daß der Auf- und Ausbau des Bundesgrenzschutzes in den neuen Bundesländern beschleunigt wird. Die deutsche Einheit darf nicht nur auf dem Papier stehen; sie muß für die Bürger in den neuen Bundesländern auch im Sicherheitsbereich konkret erkennbar sein. Eile tut not!

trag des Einigungsvertrages, für jeden Bürger der neuen Bundesländer die Mieten sozial verträglich anzupassen, ermöglichen andererseits aber das schrittweise Herauskommen aus dem Teufelskreis nichtkostendeckender Mieten und verfallender Wohnungsbestände bei gleichzei-

tig hohem Subventionsbedarf. Sie sind ein Beitrag zum sozialen Frieden im geeinten Deutschland bei noch unterschiedlichen Lebensumständen in Ost und West, weil dieser Friede auch in diesem Bereich ein Werk der Gerechtigkeit ist. ■

Die Abfallwirtschaftspolitik muß sich neu orientieren

Die Abfallwirtschaftspolitik muß sich unter dem entstandenen Problemdruck qualitativ neu orientieren. Paul Laufs, stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Wir benötigen eine neue Produktverantwortung im Umweltschutz!

Das im Jahr 1986 neu geordnete Abfallrecht ist noch nicht in der Lage, der künftigen Entwicklung gerecht zu werden. Weiterhin steigendes Abfallaufkommen in den Haushalten und zunehmende Engpässe bei den Deponiekapazitäten in der Bundesrepublik Deutschland erfordern ein Konzept, das die Gebote der Vermeidung und Verwertung wesentlich stärker betont, als dies bisher der Fall ist.

Das bestehende abfallrechtliche Instrumentarium ist dahin fortzuentwickeln, daß Abfallprobleme künftig generell in das unternehmerische Kalkül einbezogen werden, damit Herstellungsverfahren und Produkte, die zu besonders starken Umweltbelastungen führen würden, erst gar nicht entstehen. Die Industrie ist bereits dabei, zunehmend über neue Verwertungsstrategien nachzudenken, wie zum Beispiel bei dem hohen Kunststoffanteil deutscher Personenkraftwagen oder bei Computerschrott.

Jedenfalls muß der spätere, derzeit von der Produktion noch völlig unabhängige Vorgang der Entsorgung künftig schon bei der Planung des Produkts berücksichtigt werden. Der „integrale Umweltschutz“ umfaßt Produktion, Verbrauch und Entsorgung als einen zusammenhängenden umweltrelevanten Vorgang.

Allerdings kann die unternehmerische Verantwortung unter dem Aspekt des

„integralen Umweltschutzes“ nicht endlos in Anspruch genommen werden. Ähnlich wie bei der Produkthaftung, bei der nur der Eintritt eines Schadens den Haftungsdurchgriff auf den Hersteller unter eng umschriebenen Voraussetzungen zuläßt, kann es auch für unternehmerisches Handeln unter öffentlich-rechtlichen Aspekten keine unbegrenzte Einstandspflicht geben. Ziel des abfallrechtlichen Instrumentariums wird es sein, unternehmerisches Handeln im Sinne der Zielsetzungen des Abfallrechts zu beeinflussen, nicht zu vereiteln.

Dies erfordert eine Verpflichtung des Herstellers, durch die seine Verantwor-

Getrenntes Sammeln von Abfällen, Abliefern von Altglas und Altpapier: Auch der Bürger muß künftig seinen Beitrag leisten.

tung für das Produkt auch im Hinblick auf Verwertung und Entsorgung klargestellt wird. Ein qualitativ neu orientiertes Abfallrecht sollte den Hersteller zur Aufstellung von Ökobilanzen („Lastpaketen“) veranlassen, damit Verwertungs- und Entsorgungsvorgänge bereits bei der grundsätzlichen Entscheidung über die Aufnahme der Produktion berücksichtigt werden können.

Die stoffliche Verwertung muß dabei Vorrang vor der thermischen Behandlung haben. Das neue Leitbild des „integralen Umweltschutzes“ erfordert ferner eine generelle Festlegung von Rücknahme-

pflichten, nicht nur bei schadstoffhaltigen Produkten. Bei Massenabfällen müssen künftig auch Rechtsverordnungen ohne vorherige Zielvorgaben erlassen werden können.

Auch der Bürger muß künftig seinen Beitrag leisten, indem er zur getrennten Sammlung der Abfälle und unter Umständen auch zum Abliefern von Altglas oder Altpapier verpflichtet wird. Solche differenzierten Mitwirkungspflichten des Bürgers müssen entweder rechtlich grundlegend normiert oder über eine differenzierte Gebührenstaffelung mittelbar eingeführt werden. Eine Verpflichtung, die bei der Erfüllung den Geldbeutel schon, ist allerdings der praktisch weniger einschneidende Eingriff.

Schließlich müssen neue Pflichten für die zuständigen Behörden geschaffen werden, die Bürger noch besser über Vermeidung und Verwertung von Abfällen aufzuklären und zu beraten. Zwar wird schon vielfach durch kostenlose Verteilung von Umwelt- oder Abfallfibeln an die privaten Haushalte erhebliche Aufklärungsarbeit geleistet. Auf gesetzlicher Grundlage können allerdings leichter Mittel für eine qualitative Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit auf dem Gebiet der Abfallpolitik bereitgestellt werden. ■

Katalysator-Anteil bei Neuwagen fast 100 Prozent

Fast alle neu zugelassenen Personenvanwagen sind mit modernster Abgastech- nologie ausgerüstet. Darauf hat der umweltpolitische Sprecher der CDU/ CSU-Fraktion, Bernd Schmidbauer, hingewiesen. Noch Ende 1988 sei lediglich die Hälfte aller neu zugelassenen Pkw mit Drei-Wege-Katalysator ausgestattet gewesen, sagte er.

PDS muß endlich enteignet werden

Es wird höchste Zeit, daß der SED-Nachfolgeorganisation PDS das Vermögen, das ihr durch den alten DDR-Unrechtsstaat zugeschanzt wurde, abgenommen wird. Es ist ein Skandal, daß die Honecker-Enkel nach Gutdünken ihre unrechtmäßig eingesackten Millionen verteilen.

Die 250-Millionen-Mark-Spende der Gysi-Partei an die Humboldt-Universität zeigt die Unverfrorenheit, mit der die Kommunisten weiter nach Einfluß im staatlichen Bereich der neuen Bundesländer suchen.

Durch das Einziehen des PDS-Vermögens muß dieser Partei die Grundlage für derartige Versuche entzogen werden, staatliche Hochschulen oder andere öffentliche Einrichtungen für ihre Zwecke zu kaufen.

Hermann Gröhe, Vorsitzender der Jungen Union Deutschlands: Die Junge Union fordert alle Verantwortlichen in Bonn auf, die Enteignung der PDS voranzutreiben und das Vermögen für den demokratischen Aufbau in den neuen Bundesländern zu verwenden. ■

Zitat

Aus- und Neubau der Verkehrswege in den neuen Bundesländern sind schnellstmöglich voranzubringen. Wir müssen die Voraussetzung für Aufschwung und Integration schaffen, damit unser Ziel, die Angleichung der Lebensverhältnisse, bald erreicht sein wird.

**Günther Krause,
Bundesminister für Verkehr**

Verbrechen an alliierten Kriegsgefangenen scharf verurteilt

Zur Behandlung alliierter Kriegsgefangener durch den Irak erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion protestiert mit aller Schärfe gegen die Behandlung alliierter Kriegsgefangener durch den Irak. Der Mißbrauch von Kriegsgefangenen als „lebende Schutzschilde“ ist ein besonders abscheuliches Kriegsverbrechen, durch das der Diktator Saddam Hussein erneut sein wahres Gesicht zeigt. Der irakische Präsident tritt nicht nur das Völkerrecht und die Genfer Konvention über die Behandlung von Kriegsgefangenen mit Füßen; ihm ist offenkundig auch jede Menschlichkeit fremd.

Das Zurschaustellen mißhandelter bzw. unter Drogeneinwirkung stehender

Kriegsgefangener im irakischen Fernsehen ist ein widerwärtiges Schauspiel, mit dem Saddam Hussein sein teuflisches Spiel mit zivilen Geiseln aus den Wochen nach der Besetzung Kuweits fortsetzt.

Wir empfehlen den Menschen in Deutschland, die in den letzten Tagen demonstriert haben, sich dieses Themas anzunehmen und gegen die menschenverachtenden Praktiken des Diktators von Bagdad auf die Straßen zu gehen.

Wir versichern den alliierten Streitkräften, die im Auftrag der Vereinten Nation am Golf den vom Irak gebrochenen Frieden und das Recht wiederherstellen, die Solidarität der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wir stehen zu unseren Verpflichtungen als Mitglied der Vereinten Nationen, der Nordatlantischen Allianz und der Westeuropäischen Union.

Baltikum: Bundesregierung verurteilt den erneuten Einsatz von Gewalt

Die Bundesregierung hat den erneuten Einsatz von Gewalt verurteilt, bei dem in der lettischen Hauptstadt Riga fünf Menschen getötet und viele weitere verletzt wurden. Dies sei eine erneute Verletzung der KSZE-Schlußakte und der Charta von Paris für ein neues Europa.

Die Bundesregierung appelliert mit großem Ernst an die sowjetische Führung, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen und jeder weiteren Gewaltanwendung Einhalt zu

geben. Sie erwartet in diesem Zusammenhang dringend die Ergebnisse der von Präsident Gorbatschow angeordneten Untersuchung im Zusammenhang mit den Vorgängen in Litauen.

Sie fordert alle politischen Kräfte in der Sowjetunion auf, das Recht der baltischen Völker auf Selbstbestimmung zu garantieren, eine Lösung der Probleme auf friedlichem Wege zu suchen, größtmögliche Zurückhaltung zu üben und umgehend den politischen Dialog wiederaufzunehmen.

Erwin Teufel neuer Ministerpräsident in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg hat einen neuen Ministerpräsidenten: Der Landtag wählte den 51jährigen Fraktionsvorsitzenden der CDU Erwin Teufel zum Nachfolger des vor zehn Tagen zurückgetretenen Regierungschefs Lothar Späth. Teufel, der sechste Ministerpräsident des Landes, erhielt bei der geheimen Abstimmung 71 Stimmen. Da die CDU im Landtag lediglich über 66 Abgeordnete verfügt, stimmten fünf Parlamentarier der Oppositionsparteien für Teufel. Mit Nein votierten 44 Abgeordnete, fünf enthielten sich. Vier Wahlzettel waren ungültig. Vor der Wahl Teufels würdigte Landtagspräsident Erich Schneider die Leistungen Späths. Der scheidende Ministerpräsident habe länger regiert als alle seine



Vorgänger. „Die zwölf Jahre Regierung tragen ihre eigene unverwechselbare Handschrift.“ Späth erhielt langanhaltenden Beifall.

Helmut Kohl: Ich freue mich auf eine freundschaftliche Zusammenarbeit

Bundeskanzler Helmut Kohl sandte an den Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg, Erwin Teufel, zu dessen Wahl am 22. Januar 1991 folgendes Glückwunschtelegramm:

Zu Ihrer Wahl zum Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg gratuliere ich Ihnen sehr herzlich.

Sie haben heute ein wichtiges Amt übernommen. Ihre Kompetenz und Ihre Erfahrungen als Parlamentarier und als führender Politiker der Christlich Demokratischen Union, zuletzt als einer der dienstältesten Fraktions-

vorsitzenden auf Landesebene, werden Ihnen in Ihrem neuen Amt helfen. Ich bin sicher, daß Baden-Württemberg auch weiterhin seinem Ruf als wirtschaftlich und kulturell blühendes Gemeinwesen gerecht wird.

Uns verbinden gemeinsame Grundüberzeugungen. Ich freue mich deshalb auf eine enge und freundschaftliche Zusammenarbeit. Für Ihr verantwortungsvolles Wirken zum Wohle der Bürger Ihres Landes und darüber hinaus zum Wohle unseres deutschen Vaterlandes wünsche ich Ihnen Gottes Segen, eine glückliche Hand und den verdienten Erfolg.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Aktuell für die Wintermonate

● CDU-Schal, schwarz-rot-gold

Bestell-Nr. 9362

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je Einheit: 47,25 DM

● CDU-Eiskratzer

Bestell-Nr. 9890

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je Einheit: 60,— DM

● CDU-Winter-Puzzle

Bestell-Nr. 9880

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je Einheit: 25,— DM

Alle Preise inkl. Versand zuzügl. MwSt.

Bestellungen an

IS-Versandzentrum, Postfach 13 28, 4804 Versmold



UiD

3/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.